

bei der Diakonie angewiesen sind, wenn man Rentner trifft, die im Monat nicht mehr als 50 Euro zur freien Verfügung haben, dann weiß man, die SPD ist auf

# 4,3 Mrd.

**Euro des Hamburger Staatsvermögens hat der CDU-Senat verscherbelt.**

QUELLE: DRs. 18/784 FINANZGERICHT 2007/08 FHH

dem richtigen Weg, wieder stärker die soziale Frage zu thematisieren.

**Für viele Menschen mit niedriger Qualifikation gibt es heute – im Gegensatz etwa zu den 60er Jahren – kaum noch Jobs. Kann Politik dieses Problem überhaupt lösen?**

Ich bezweifle, dass es diese Jobs nicht mehr gibt. Unsere Gärten und Parks sind verkommen. Die Ausbildung zum Gärtner wäre eine vernünftige Ausbildung. Oder die Industrie: Sie sucht händeringend nach Metallarbeitern. Auch bei der staatlich geförderten Häusersanierung oder im Pflegebereich werden Arbeitskräfte gebraucht.

**Ein wichtiges Thema der SPD im Wahlkampf ist die Forderung nach einem Stopp der Privatisierungen in Hamburg. Warum?**

Die Privatisierungsideologie der Neoliberalen hat in Hamburg nicht zu niedrigeren Preisen und besserem Service geführt. Die Preise steigen, während einige Privatunternehmen Gewinne einstreichen und der Staat auf den Pensionslasten der privatisierten kommunalen Unternehmen sitzen bleibt. Hier bereichern sich einige wenige auf Kosten der Allgemeinheit. Und das hat der CDU-Senat erst möglich gemacht, in dem er Staatsvermögen für vier Milliarden Euro verscherbelt hat. Das ist politische Untreue.

» Ich weiß, was sozialer Abstieg bedeutet. Aber auch, wie man durch Bildung den Aufstieg schaffen kann. «

Michael Naumann

**Hahnenköpfe für Hamburg: Günter Grass hat 1000 Hahnen-Poster (s.u.) und 150 Originallithografien des Fischkopfes als Wahlkampfunterstützung für die SPD zur Verfügung gestellt. Sie können bei der Landesorganisation bestellt werden.**

[www.vorwaerts.de](http://www.vorwaerts.de)



Auch damit werden wir Schluss machen.

**Aber die privatisierten Stromnetze kann man nicht zurückkaufen.**

Nein, dazu fehlen uns 1,5 Milliarden Euro. Aber wir werden eine Energieeinkaufsgesellschaft gründen. Die wird für die Hamburger Abnehmer als Großeinkäufer auf der Leipziger Energiebörse auftreten. Das wird die Strompreise senken.

**Die CDU behauptet, Michael Naumann verstehe etwas von Kultur, aber nicht von Wirtschaft.**

Das ist absurd. Ich habe große Verlage geführt und zwar sehr erfolgreich, in Deutschland wie in den USA. Herr von Beust hat dagegen mal als Anwalt gearbeitet und hat noch nie ein Unternehmen geleitet. Von ihm brauche ich wirklich keine Nachhilfe.

**In Hessen hat der Einzug der Linkspartei Rot-Grün verhindert und jede**

**Mehrheitsbildung blockiert. Droht das auch in Hamburg?**

Ich vertraue auf die Klugheit der Hamburger. Jede Stimme für die Linkspartei ist eine Stimme für diesen CDU-Senat, ist eine Stimme, die Rot-Grün fehlt. Nur die Linkspartei kann den rot-grünen Wechsel noch verhindern.

**Es sei denn, die SPD geht mit den Linken ein Bündnis ein.**

Das werden wir nicht. Die Linkspartei selbst hat erklärt: 1. Unser Hauptfeind ist die SPD. 2. Wir wollen nicht regieren. Allein damit erübrigt sich jede Debatte.

**Könnte der Ausweg am Ende Schwarz-Grün sein?**

Nein. Es sei denn, die Grünen in Hamburg wollten politischen Selbstmord verüben. Schwarz-Grün, das sind Medien-spekulationen ohne Bezug zur Realität. Wir setzen auf Rot-Grün. Die Grünen tun es auch. Jetzt entscheiden die Wähler. ■

## HEY BOSS, WIR WOLL'N MEHR GELD

Ohne ausreichende Lohnzuwächse kommt die **Binnennachfrage** nicht in Gang. Der Aufschwung könnte stecken bleiben.

Von Gustav Horn und Peter Hohlfeld, Hans-Böckler-Stiftung

**W**elch ein Debattenwechsel! Jahrelang dominierte die Forderung nach Lohnzurückhaltung zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit die wirtschaftspolitischen Diskussionen. Jetzt überbieten sich die Wirtschaftspolitiker aller Couleur mit Empfehlungen für kräftigere Lohnzuwächse. Dabei geht es nicht nur um die Tarifauseinandersetzungen und um die Frage, welchen Lohnanstieg die deutsche Wirtschaft verkraften kann. Es geht auch darum, welchen Beitrag die Lohnpolitik zum Aufschwung geleistet hat und welche Rolle sie auch in Zukunft spielen sollte, um ihn zu stabilisieren.

Ein besonderes Kennzeichen dieses Aufschwungs ist, dass sich die Lohnzuwächse trotz spürbar verbesserter Arbeitsmarktlage in engen Grenzen halten. Mit Zuwächsen der Effektivlöhne von im vergangenen Jahr deutlich unter zwei Prozent und in diesem Jahr von etwas darüber sind Lohnsteigerungen weit von ihren Zuwachsraten in früheren Aufschwüngen entfernt. Die Reallöhne gingen 2007 – mitten in einem Aufschwung – sogar zurück. Damit fügt sich das Jahr

2007 in die lange Reihe der Jahre mit geringen Lohnzuwächsen ein, die inzwischen mehr als zehn Jahre umfasst. Das Ergebnis ist eine fortgesetzte Konsumschwäche, die gerade in Zeiten außenwirtschaftlicher Unsicherheit die Volkswirtschaft belastet, nicht aber mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Nun macht sich die Erkenntnis breit, dass die bisherige Strategie Schäden hinterlassen hat oder zumindest nicht mehr aktuell ist. Im Kern ist eine willkommene Erweiterung des wirtschaftspolitischen Denkens um gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu konstatieren, die die wirtschaftliche Dynamik in den kommenden Jahren beflügeln könnte. Im Zentrum steht der Zusammenhang zwischen Löhnen und Binnennachfrage. Es wird jetzt endlich wieder schärfer gesehen, dass – anders als immer wieder postuliert – ohne hinreichende Lohnzuwächse die Binnennachfrage nicht in Gang kommen kann. Die Frage ist nur, was hinreichend ist. Es gilt, einen Lohnpfad zu finden, bei dem einerseits die Löhne so niedrig sind, dass die Unternehmen rentabel produzieren können und anderer-



seits so hoch, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gefördert wird.

Die Lösung lautet, dass die Nominallöhne in der Tendenz dem Produktivitätstrend und der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank folgen sollten. Auf diese Weise bleiben die Unternehmen von nicht zu verkraftenden Kostensteigerungen verschont. Zugleich profitieren auch die Beschäftigten vom Zuwachs an wirtschaftlicher Leistungskraft und die Preisstabilität wird nicht gefährdet. In

Zahlen bedeutet dies, dass Lohnsteigerungen von gesamtwirtschaftlich rund 3,5 Prozent längerfristig als Richtschnur gelten müssten.

Kurzfristig, nach vielen Jahren zum Teil exorbitanter Gewinnsteigerungen, sind temporär sogar auch höhere Zuwächse verkraftbar. Das wäre die dringend benötigte Stimulanz für die Binnennachfrage, die das Wachstum in den kommenden Jahren trotz internationaler Belastungen hoch halten würde. Allerdings ist es un-

**Kampf um mehr Lohn: 2008 begannen sowohl die IG-Bergbau, Chemie, Energie als auch die IG Metall und ver.di mit bundesweiten Warnstreiks.**

**83 %**

**Anteil der Kinder von Akademikern, die studieren**

**23 %**

**Anteil der Kinder von Nichtakademikern, die studieren.**

QUELLE: 18. SOZIALERHEBUNG DES DEUTSCHEN STUDENTENWERKES, 2006

**71 Jahre**

**Durchschnittliche Lebenserwartung von Männern mit einem Einkommen von unter 1500 Euro, bei Frauen 78,4 Jahre**

**80 Jahre**

**Durchschnittliche Lebenserwartung von Männern mit einem Einkommen von über 4500 Euro, bei Frauen 87,2 Jahre**

QUELLE: IGKE

wahrscheinlich, dass sich die Lohndynamik in dieser Weise in der nächsten Zeit so stark beschleunigt, dass von einer gesamtwirtschaftlich funktionalen Lohnentwicklung die Rede sein könnte.

Hierfür ist der Druck auf die Löhne, der in den vergangenen Jahren aufgebaut wurde, immer noch zu stark. So ist die tarifliche Abdeckung in Ostdeutschland immer noch gering, und gerade bei den Niedriglöhnen besteht der durch die Hartz-Reformen ausgelöste Sog nach unten nahezu unvermindert fort. Diese Probleme können nur durch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns überwunden werden. Erst mit dieser Untergrenze dürfte ein Stillstand der Lohnerosion zu erreichen sein.

Die vielfach geäußerten Befürchtungen, Mindestlöhne würden Arbeitsplätze vernichten, werden durch internationale Studien nicht gedeckt. Im schlimmsten Fall, der sich in nur wenigen Studien ergibt, ist ein leichter Rückgang der Beschäftigung zu beobachten. Zugleich werden aber die Einkommen stabilisiert und dies ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Binnennachfrage endlich jene Dynamik gewinnt, die Deutschland für einen dringend erforderlichen Wachstumsprozess benötigt. ■